

Randall Caroline Forsberg

Das Dilemma der alleinigen Supermacht - Zu einigen militärpolitischen Trends in den USA

Das Ende des Kalten Krieges hatte ein Fenster zu einer neue Ära globaler Sicherheit geöffnet. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der Auflösung des Warschauer Vertrages, der Wiedervereinigung Deutschlands sowie der Verarmung Rußlands, einschließlich der Verringerung seiner Streitkräfte, ist die Gefahr eines großen konventionellen Krieges von Europa gewichen. Die wohlhabenden westlichen Demokratien erhielten die Chance, ein System globaler Sicherheit zu errichten, das die Verbreitung von Demokratie und Rechtssicherheit fördert, die Rüstungen und militärischen Ausgaben verringert und das Entstehen neuer Risiken von Krieg und Völkermord generell verhindert. Anstatt diese außerordentliche Gelegenheit aufzugreifen, haben jedoch die USA einen rückwärtsgewandten Ansatz von militärischer Sicherheit gewählt. In den 90er Jahren bestand die höchste Priorität der Vereinigten Staaten darin, ihre Rolle als alleinige militärische Supermacht zu stärken. Wie Verteidigungsminister Cohen im Jahre 1999 feststellte, wurde den US-amerikanischen Streitkräften die Aufgabe zugewiesen, „Handlungsfreiheit - Freiheit vor Angriffen und Freiheit anzugreifen“ zu erlangen.¹ Eine solche Aufgabenstellung ist typisch für die Außen- und Militärpolitik einer klassischen Großmacht. Statt kooperative Lösungen („win-win“ solutions) für Frieden, Sicherheit, Abrüstung und für Demokratie zu fördern, wird die internationale Sicherheit als „Nullsummen-Spiel“ behandelt, in dem der Gewinn einer Seite dem Verlust der anderen Seite entspricht. Die Dominanz dieses traditionellen Großmachtansatzes im US-amerikanischen Sicherheitsdenken schlägt sich in vielen militärpolitischen Entscheidungen nieder. Dazu diskutiert dieser Aufsatz Beispiele aus dem Verteidigungshaushalt, aus der militärischen Forschung und Entwicklung sowie aus der Rüstungsproduktion und dem Waffenexport. Er verfolgt die US-amerikanische Politik in bezug auf Gewaltanwendung (einschließlich der Rolle der Vereinten Nationen), militärische Interventionen, militärische Allianzen und multilaterale Aktionen. Am Schluß wird die Frage

¹ Annual Report to the President and the Congress, William S. Cohen, Secretary of Defense, 1999, Chapter 10, The Revolution in Military Affairs and Joint Vision, <http://www.dtic.mil/execsec/adr1999>.

gestellt, ob von einer neuen US-Administration und einem neuen Kongreß in Washington eine konstruktivere Haltung zu erwarten ist.

Tabelle 1: US-Verteidigungshaushalt 1950-2005 (in Mill. US-\$, nach Preisen von 2000)

<i>Umfeld</i>	<i>FJ</i>	<i>Budget</i>	<i>Extreme</i>	<i>Umfeld</i>	<i>FJ</i>	<i>Budget</i>	<i>Extreme</i>
Frieden	1950	137.997		Frieden	1978	283.496	
Frieden	1951	138.564		Frieden	1979	280.962	
Koreakrieg	1952	342.696		Frieden	1980	286.296	Spitze
Koreakrieg	1953	448.795	Spitze	Reagan-Bush-Anstieg	1981	317.367	
Koreakrieg	1954	362.483		Reagan-Bush-Anstieg	1982	352.031	
Frieden	1955	266.251	Tief	Reagan-Bush-Anstieg	1983	377.423	
Frieden	1956	274.122		Reagan-Bush-Anstieg	1984	395.850	
Frieden	1957	287.892		Reagan-Bush-Anstieg	1985	409.379	Spitze
Frieden	1958	291.485		Reagan-Bush-Anstieg	1986	402.542	
Frieden	1959	289.002		Reagan-Bush-Anstieg	1987	397.138	
Frieden	1960	285.538		Reagan-Bush-Anstieg	1988	390.045	
Frieden	1961	270.427		Reagan-Bush-Anstieg	1989	380.296	
Frieden	1962	291.483		Golf-Krieg	1990	369.317	
Kubakrise	1962	313.756		Golf-Krieg	1991	375.243	
KW-Rüstung	1963	314.419	Spitze	Reagan-Bush-Anstieg	1992	339.138	
Frieden	1964	304.995		Frieden	1993	311.715	Spitze
Frieden	1965	296.732		Frieden	1994	284.149	
Vietnamkrieg	1966	355.539		Frieden	1995	281.955	
Vietnamkrieg	1967	380.701		Frieden	1996	277.028	
Vietnamkrieg	1968	383.169	Spitze	Frieden	1997	270.685	
Vietnamkrieg	1969	380.033		Frieden	1998	270.305	Tief
Vietnamkrieg	1970	346.250		Frieden	1999	270.510	
Vietnamkrieg	1971	315.321		Frieden (geplant)	2000	270.327	
Vietnamkrieg	1972	303.285		Frieden (geplant)	2001	280.473	
Frieden	1973	289.352		Frieden (geplant)	2002	275.232	
Frieden	1974	275.415		Frieden (geplant)	2003	278.001	
Frieden	1975	265.054	Tief	Frieden (geplant)	2004	278.572	
Frieden	1976	273.949		Frieden (geplant)	2005	281.181	
Frieden	1977	283.569					

Zu einigen Tendenzen im US-Verteidigungshaushalt

Unter den vielen unzulänglichen Antworten der USA auf das Ende des Kalten Krieges ist keine überraschender als das anhaltend hohe Niveau der militärischen Ausgaben. Obwohl die früheren Bedrohungen weitgehend verschwunden sind, verharrt der Verteidigungshaushalt der USA noch immer auf dem Niveau des Kalten Krie-

ges. Während jener vier Jahrzehnte waren - mit Ausnahme der Kriege in Korea und Vietnam sowie der Ausgabenexpansion in der Zeit von Reagan und Bush - die Militärausgaben überraschend konstant geblieben. Sie bewegten sich bei einer Spannweite von 25 Milliarden in einer Größenordnung von etwa 290 Milliarden US-\$ (inflationsbereinigt).

Der Spitzenwert unter Reagan wurde 1985 mit 409 Mrd. US-\$ erreicht. Dies war nur vom Budget des Jahres 1953 (Koreakrieg, 449 Mrd. US-\$) übertroffen worden und lag um 40 Prozent über dem Friedensdurchschnitt. Danach sanken die Militärausgaben wieder, jedoch nur bis auf den Durchschnitt des Kalten Krieges. Der niedrigste Punkt wurde 1996 mit 270,3 Mrd. US-\$ erreicht, was in etwa den Ausgaben zu den Friedenszeiten der 50er, 60er und 70er Jahre entsprach. Nachdem Lohnerhöhungen und kostspielige neue Waffensysteme bewilligt worden waren, begann der Militäretat in der Folgezeit wieder zu steigen, und für die kommende Dekade sind weitere Ausgabenerhöhungen geplant.

Kürzlich bemerkte der Berater für Nationale Sicherheit Samuel Berger, daß die USA heute mehr für ihr Militär aufwenden als alle anderen Länder zusammen (ausgenommen Großbritannien, Frankreich, Japan, und Deutschland). Dies unterstreicht, wie abwegig es für die Vereinigten Staaten ist, ihre Ausgaben auf dem Niveau des Kalten Krieges zu halten, während der russische Militärhaushalt um 75-80 Prozent abgesunken ist und fast alle westlichen Industrieländer drastische Kürzungen vorgenommen haben. Er wirft zugleich beunruhigende Fragen nach Zweck und Rolle der US-Streitkräfte in dieser neuen Ära auf.

Das Problem wird deutlicher, wenn man einen Blick auf die Mittelzuweisung für die militärischen Programme wirft. Der Etat des Verteidigungsministeriums hat zwei Finanzierungsschwerpunkte:

- die strategischen Kernwaffen (Langstrecken-Bomber B-52/ B-1/ B-2, bodengestützte interkontinentale ballistische Raketen [*ICBM*], U-Boot-gestützte ballistische Raketen [*SLBM*]), die einen vernichtenden nuklearen Angriff auf jedes beliebige andere Land ausführen können und einen atomaren Angriff auf die USA abschrecken sollen;
- die konventionellen Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte sowie Marineinfanterie), die zur Projektion militärischer Macht in Übersee vorgesehen sind - denn kein Land verfügt über eine ausreichende logistische Kapazität für einen größeren konventionellen Angriff auf die USA.

Die konventionellen Streitkräfte haben stets den Löwenanteil der Militärausgaben verbraucht, während der kleinere Teil den strategischen Nuklearkräften zugewiesen wurde. Doch Anteil und Volumen der Ausgaben für die konventionellen Streitkräfte in den letzten Jahren sind dramatisch angestiegen. Dagegen wurde für die strategischen Streitkräfte immer weniger ausgegeben. In den 60er Jahren, als die Vereinigten Staaten ein riesiges kontinentales Luftabwehrsystem zur Verteidigung gegen die sowjetischen Langstrecken-Bomber unterhielten, beliefen sich die kombinierten Kosten der „defensiven“ und „offensiven“ strategischen Kräfte auf ein Drittel aller Ausgaben, während die kon-

ventionellen Kräfte zwei Drittel bekamen (siehe Tabelle 2). Als die Sowjetunion in den 70er Jahren jedoch mehr und mehr Interkontinentalraketen mit Mehrfach-Kernsprengköpfen aufstellte, wurden die kostspieligen Bomber und Luftverteidigungskräfte der USA stark reduziert. Der Haushalt für die strategischen Kräfte wurde von 66 Mrd. US-\$ auf etwa 22 Mrd. US-\$ zurückgeschnitten. Die konventionellen Kräfte blieben auf einem durchschnittlichen Finanzierungsniveau von 123 Mrd. US-\$, was in etwa 85 Prozent der gesamten Aufwendungen für die Streitkräfte entsprach.

Tabelle 2: US-Militärausgaben nach Streitkräftegruppen (in Mill. US-\$, Preise von 2000)

	Strategische Kräfte	Konventionelle Kräfte	Streitkräfte insgesamt	Anteile der Streitkräftegruppen (%)	
	Programm 1	Programme 2, 4, 5, 10, 11		Strategische Kräfte	Allgemeine Kräfte
1962	66.647	129.913	196.560	34	66
1963	59.627	127.672	187.299	32	68
1964	50.487	123.932	174.419	29	71
1965	36.730	129.656	166.386	22	78
<i>Nach dem Vietnamkrieg</i>					
1972	28.215	129.561	157.776	18	82
1973	25.872	120.622	146.494	18	82
1974	22.136	114.588	136.724	16	84
1975	21.028	106.485	127.513	16	84
1976	19.939	115.814	135.753	15	85
1977	23.122	121.700	144.822	16	84
1978	21.311	125.280	146.591	15	85
1979	18.174	127.343	145.517	12	88
1980	20.877	128.195	149.072	14	86
<i>Nach dem Kalten Krieg</i>					
1993	14.636	146.744	161.380	9	91
1994	10.281	136.997	147.278	7	93
1995	8.550	138.150	146.700	6	94
1996	8.074	135.287	143.361	6	94
1997	6.555	133.206	139.761	5	95
1998	6.950	133.511	140.461	5	95
1999	6.761	135.588	142.349	5	95
2000	6.789	136.224	143.013	5	95
2001	6.549	146.368	152.917	4	96
2002	6.658	141.260	147.918	5	95
2003	6.371	144.756	151.127	4	96
2004	6.555	146.329	152.884	4	96
2005	6.316	150.496	156.812	4	96

Dieser Trend prägte sich in den 90er Jahren noch stärker aus. Die Ausgaben für die strategischen Kräfte fielen auf 7 Mrd. US-\$, während die Ausgaben für konventionelle Kräfte auf 137 Mrd. US-\$ anwuchsen, was im Vergleich zum Mittelwert im Kalten Krieg eine Zunahme von zehn Prozent bedeutete. Nach den bisherigen Planungen sollen die Ausgaben für die konventionellen Kräfte im Zeitraum zwischen 2001 und 2005 auf jahresdurchschnittlich 146 Mrd. US-\$ steigen, was einer Aufstockung von beinahe 20 Prozent gegenüber den friedlichen Zeiten des Kalten Krieges entspricht! Und das in einer Welt, in der es nicht die Gefahr eines konventionellen Weltkriegs durch eine andere Supermacht mehr gibt, ja nicht einmal eine ernsthafte Bedrohung durch einen großen regionalen Krieg.

- 1962-1965 und 1972-1980 betragen die durchschnittlichen Jahresausgaben für konventionelle Kräfte in den Friedenszeiten des Kalten Krieges 123.135 Mill. Dollar.
- 1993-2000 betragen die durchschnittlichen Jahresausgaben für konventionelle Kräfte in Friedenszeiten 136.963 Mill. Dollar. Das war ein Anstieg um elf Prozent im Vergleich zum erstgenannten Zeitraum.
- 2001-2005 betragen die durchschnittlichen Jahresausgaben für konventionelle Kräfte in Friedenszeiten 145.842 Mill. Dollar. Das ist ein Anstieg um 18 Prozent im Vergleich zum erstgenannten Zeitraum der 60er und 70er Jahre.

In seiner Begründung dieser Ausgabensteigerung deutete US-Verteidigungsminister Cohen auf potentielle künftige Bedrohungen durch bedeutende regionale Kriege hin. Er beschrieb den Daseinszweck der konventionellen Kräfte wie folgt: „Die konventionellen Streitkräfte stellen den Hauptteil der militärischen Macht der Nation. Hauptsächlich diese Kräfte sind es, welche den Vereinigten Staaten die Fähigkeit geben, die Verteidigungsstrategie abzustützen, die sich darauf richtet, das internationale Umfeld zu gestalten und Antworten auf das ganze Spektrum von Krisen zu geben. Gemäß diesen Zielsetzungen übernehmen die konventionellen Kräfte Missionen der Vorwärts-Präsenz (*forward presence missions*), greifen bei einer Reihe von Situationen kleineren Ausmaßes ein und führen Kampfoperationen bis hin zu größeren regionalen Kriegen (*theatre wars*) aus. ... Die Vereinigten Staaten müssen ihre Streitkräfte routinemäßig im Ausland entfalten, um das internationale Umfeld in einer für ihre Interessen günstigen Weise zu gestalten.“²

Anders als die politischen Erklärungen zu Zeiten des Kalten Krieges wurden hier weder die Verteidigung der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten gegen die Bedrohung durch eine militärische Aggression noch die „Verteidigung der Demokratie“ erwähnt. Statt den noblen Gefühlen vergangener Zeiten begegnen wir dem glanzlosen Eingeständnis, daß die Vereinigten Staaten versuchen, die interna-

² Ebenda, Kap. 1.

tionalen Angelegenheiten zum Vorteil der eigenen Interessen (wie jeweils in Washington definiert) zu formen.

Ebenso sorgfältig formuliert und überraschend eng identifiziert werden die potentiellen Gefahren, wenn sich Cohen den Bedrohungen zuwendet, mit denen die konventionellen Streitkräfte der USA rechnen müssen. „Potentielle regionale Aggressoren verfügen über eine Anzahl von Fähigkeiten, die bedeutende Gefahren für die militärischen Operationen der USA aufwerfen könnten. Diese Bedrohungen, die sich künftig wegen der Verbreitung moderner militärischer Technologien wahrscheinlich noch ausweiten werden, schließen zunehmend leistungsfähige luft-, see- und bodengestützte Waffen ein. Um rasche und entscheidende Siege mit einem Minimum an Verlusten zu gewährleisten, müssen die US-Streitkräfte einen beträchtlichen Vorteil gegenüber jenen potentiellen Gegnern aufrechterhalten, die zum Einsatz anspruchsvoller Waffensysteme fähig sind.“³

Es gibt hier zwei Punkte zu beachten. Der erste ist der Bezug auf Bedrohungen von „militärischen Operationen der USA“ - nicht Bedrohungen des Territoriums oder der Souveränität der Vereinigten Staaten oder ihrer Verbündeten, auch nicht „vitaler“ amerikanischer Interessen. Zweitens ist das Ziel ein Sieg, der „rasch“ erreicht werden und mit einem „Minimum an Verlusten“ einher gehen soll. Mit anderen Worten: Die Welt hat sich so dramatisch gewandelt, daß die Streitkräfte der USA nicht mehr Territorium oder Souveränität von Verbündeten vor militärischen Bedrohungen zu schützen haben und dafür beträchtliche Verluste in Kauf nehmen müßten. Statt dessen beschützen sie ihre eigene militärische Handlungsfähigkeit und minimieren ihre Verluste bei auswärtigen Operationen zum Zweck der Gestaltung eines internationalen Umfelds, das undefinierten USA-Interessen entgegenkommt.

Der Grund für diese Wortwahl liegt darin, daß mit Ausnahme eines unerwarteten Großbrands zwischen Nord- und Südkorea keine momentanen oder in naher Zukunft liegenden Bedrohungen durch einen bedeutenden Krieg bestehen, in den die Streitkräfte der USA verwickelt werden könnten. Daß kein Risiko eines solchen Krieges mehr besteht, wird noch klarer, wenn Cohen weitere spezifische Bedrohungen in der Luft, auf See und am Boden erörtert. In diesen Sphären erwähnt Cohen gerade einmal vier Länder, die potentiell fähig sind, die Streitkräfte der USA zu gefährden: Nordkorea, Iran, Irak und China. Im Hinblick auf Bedrohungen für die US-amerikanischen Luftstreitkräfte betont Cohen selbst: „Naheliegende Gefährdungen bleiben unter jenem Niveau, auf dem die Überlegenheit der US-Luftstreitkräfte einem gewichtigen Risiko in einem regionalen Konflikt ausgesetzt wäre, (weil) die potentiellen regionalen Hauptgegner - Irak, Iran und Nordkorea - in den letzten Jahren wenig getan haben, um ihre Kapazitäten gegen die US-Luftstreitkräfte zu erweitern.“⁴

³ Ebenda.

⁴ Ebenda, Kap. 10.

Hinsichtlich der Bedrohungen für die US-Navy weist Cohen darauf hin, daß Nordkorea, Iran und China über Unterseeboote verfügen, die problematisch sein könnten. Er erörtert nicht Alter, Leistungsdaten, Zahlen oder Einsatzgebiete, weder für die US-Navy noch für die „bedrohlichen“ Unterseeboote. Im Fall der Bodentruppen kann Cohen kein Land spezifizieren, das über gefährliche Fähigkeiten verfügt.

Was begründet nun das fortgesetzt hohe Niveau und das Ausgabenwachstum für die konventionellen Streitkräfte? Wahrscheinlich ist dafür eine Kombination von Faktoren verantwortlich. Zuerst sind die besonders fortgeschrittenen und kostspieligen konventionellen Kapazitäten als Grund an sich zu betrachten. So etwa die Tarnkappen-Flieger und präzisionsgelenkten Geschosse, die ausdrücklich für jene von Minister Cohen beschriebenen Zwecke bereitgestellt werden. Sie sollen einen schnellen Sieg mit wenigen oder keinen Verlusten bei einer Auseinandersetzung mit einem Gegner ermöglichen, der über fortgeschrittene Waffensysteme verfügt. Zweitens bewirkt ein besitzstandwahrendes Interesse des Militärs an Budgetanteilen und am Erhalt der Streitkräftestrukturen, daß kostspielige überholte Kapazitäten aufrechterhalten bleiben, wie etwa die 10-12 Flugzeugträger der US-Navy. Drittens kommen starke Interessen von Kongreß-Mitgliedern und Kommunen zur Geltung, die in ihren Wahlkreisen bzw. Distrikten aus wirtschaftlichen Gründen militärische oder rüstungswirtschaftliche Kapazitäten erhalten möchten. *Last, but not least*, muß die Unfähigkeit der politischen Führer der USA genannt werden, einen neuen Ansatz zur Sicherheit zu entwickeln und umzusetzen, der den Realitäten nach dem Kalten Krieg angemessen ist.

Militärische Forschung, Rüstungsproduktion und Exporte der USA

Entwicklung, Produktion und Export von Waffensystemen unterliegen seit dem Ende des Kalten Krieges einem Paradoxon: Einerseits stehen den wenigen Ländern mit der Fähigkeit zur Produktion neuer Waffensysteme am oberen Ende des High-Tech-Bereichs (USA, Rußland, Großbritannien, Frankreich und Deutschland) keine Gegner mit vergleichbaren Potentialen gegenüber. In dieser Situation, wo kein großer Krieg absehbar ist, wären diese Staaten bei gemeinsamem Handeln in der Lage, die Entwicklung und Produktion neuer Waffenträger und Waffensysteme anzuhalten und damit den Fortschritt militärischer Technologien weltweit zu stoppen. Die verbleibenden kleineren und potentiellen Waffenproduzenten wie Schweden, Italien, China, Taiwan, Südkorea, Iran, Indien, Polen und Spanien würden Jahrzehnte brauchen, um vergleichbare Rüstungsindustrien aufzubauen. Mit Ausnahme Chinas zeigt jedoch keiner dieser sekundären Produzenten irgendwelche Anzeichen, daß er sich solcher Anstrengung unterziehen könnte. Die technologische Schwelle liegt derartig hoch, daß die großen Produzenten auf neue Entwicklungen verzichten könnten, ohne im nächsten oder selbst im übernächsten Jahrzehnt unerwartete militärische Herausforderungen riskieren zu müssen. Falls dennoch technologisch fortgeschrit-

tene Fähigkeiten zur Rüstungsproduktion sichtbar würden, wären sie in den Phasen der Erprobung und Ausbildung frühzeitig erkennbar - also Jahre vor ihrer Integration in operative militärische Verbände.

Andererseits kennen die großen Waffenproduzenten keinen Präzedenzfall, keine Konzepte und keine praktischen Vorgehensweisen für eine endgültige Beendigung der Entwicklung und Produktion fortgeschrittener Rüstungen. Ihre verantwortlichen Politiker argumentieren damit, daß mit der Schließung der Produktionskapazitäten auch das Know-How unweigerlich verloren ginge. Im Falle einer erneuten militärischen Bedrohung seien dann eine technologische Überlegenheit nicht gewährleistet und eine rechtzeitige Wiederinbetriebnahme sowie Leistungsfähigkeit der Produktion nicht gesichert. Daher müßte die Rüstungsproduktion weiter laufen. Anders ausgedrückt: neue Waffen werden hergestellt, um Produktionskapazitäten zu erhalten, und nicht etwa Fabriken betrieben, um neue Waffen zu produzieren.

Da sich jedoch der Eigenbedarf an neuen Waffen drastisch verringert hat, werden Exportmärkte gesucht, um die Produktionskosten niedrig zu halten. Waffenexporte sind wiederum eine Ursache für neue Bedrohungen und für die Verbreitung militärischer Technologien. Und die scharfe Konkurrenz auf diesem Markt erleichtert es solchen großen Entwicklungsländern wie China, Indien, Korea und Brasilien, bei der Entwicklung einer autonomen Rüstungsindustrie Schritt für Schritt voranzukommen. So schaffen der Zugang zu hochentwickelten Waffen (normalerweise mit verlockenden Angeboten der Exporteure durch Fördervereinbarungen, welche die Rüstungsindustrien auf Kosten anderer Zweige subventionieren) sowie das unverminderte technologische Wettrüsten eine Situation, in der praktisch sicher ist, daß sie diejenigen militärischen Bedrohungen produziert, gegen die man sich eigentlich schützen will.

In der Praxis hat dieses kontraproduktive, aber übliche Herangehen an Produktion und Export von Rüstungen noch einige zusätzliche bizarre Verdrehungen erfahren. Von den großen Erzeugern kann es sich vor allem Rußland nicht mehr leisten, allein für den eigenen Bedarf zu produzieren. Infolgedessen sind Rußlands Rüstungsindustrien fast ausschließlich darauf ausgerichtet, jeden nur möglichen Exportvertrag zu sichern. Das gibt den entsprechenden russischen Firmen und den Ministerien einen gewaltigen Anreiz, Waffen in jene wenigen Länder zu exportieren, die nicht-westliche Technologien akzeptieren, also genau solche Länder wie Iran, Irak, China, oder Nordkorea, die vom Westen als potentielle militärische Bedrohung angesehen werden.⁵

Inzwischen konkurrieren die USA und die europäischen Waffenhersteller um den Export moderner Waffen im OECD-Bereich, aber auch in Konfliktregionen (Mittlerer Osten, Nordostasien, Südasien und Südosteuropa). Von US-amerikani-

⁵ Randall Caroline Forsberg (Hrsg.), *IDD Database of World Arms: Holdings, Production, and Trade of Military Aircraft, Naval Ships, and Tanks 1972 to 1999 and Projected to 2010*, Cambridge 2000.

scher und westeuropäischer Seite wird der Export hochentwickelter Waffensysteme primär aus wirtschaftlichen, weniger aus militärischen oder politischen Gründen gerechtfertigt. Die Entscheidungsträger in Washington verweisen zudem darauf, daß die USA neue Waffen entwickeln und herstellen müssen, da die weltweiten Exporte der westeuropäischen Waffenhersteller die künftige US-amerikanische Interventionsfähigkeit untergraben könnten.⁶ Die Westeuropäer wiederum, angeführt von Frankreich, begründen ihre Anstrengungen mit der notwendigen Aufrechterhaltung einer Kapazität unabhängiger Rüstungsproduktion, damit nicht die USA am Ende als alleiniger Produzent und Exporteur fortgeschrittener Waffen übrigbleiben, was die militärische und politische Balance im transatlantischen Verhältnis dramatisch verschieben würde.

Da also ein neues sicherheitspolitisches Denken fehlt, sind die großen Waffenhersteller nicht zu kooperativem Handeln in der Lage, um Waffenarsenale und Produktionslinien zu beschränken sowie die Exporte zu begrenzen oder gar einzustellen. Vielmehr verbreiten die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland auch weiterhin ein überholtes Modell des Rüstungserwerbs, das auf lange Sicht sowohl ihre eigene Sicherheit als auch die anderer Nationen untergraben wird.

Tabelle 3: Eigenbedarf und Export von Kampfflugzeugen (Produktionszahl p.a.)

Produzenten	1973-82*	1983-92*	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
<i>Alleinhersteller & China</i>										
Zahl Eigenverbrauch	1.480	1.092	312	237	151	118	116	127	113	85
<i>Alleinhersteller & China</i>										
Zahl Export	708	605	124	180	196	192	258	268	253	160
<i>Nebenhersteller</i>										
Zahl Eigenverbrauch	34	26	14	30	24	32	34	35	24	18
Ges. Eigenverbrauch	1.514	1.118	326	267	175	150	150	152	137	103
Ges. Export	708	605	124	180	196	192	258	268	253	160
Insgesamt	2.221	1.723	450	447	371	342	412	432	401	276

* Jahresdurchschnitt. Berechnet nach: IDDS Almanac 1997: World Combat Aircraft Holdings, Production, and Trade 1972-2010, Institute for Defense and Disarmament Studies, Cambridge MA, 1998. (Alleinhersteller sind jene die Länder, die in der Lage sind, selbständig moderne Kampfflugzeuge zu entwickeln und zu produzieren [USA, Rußland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Schweden]. Nebenhersteller mit begrenzten Kapazitäten für Entwicklung und Produktion waren im erfaßten Zeitraum Japan, Brasilien, Rumänien und Taiwan.)

⁶ Siehe: Annual Report of the Secretary of Defense to the President and Congress, Washington DC: US Government Printing Office, January 1994, S. 178-179.

Illustriert wird dieses kontraproduktive Herangehen von einer internationalen Studie über die Produktion und den Export von Kampfflugzeugen, die von der Autorin koordiniert und im Buch „*The Arms Production Dilemma*“⁷ publiziert wurde. Dieses macht deutlich, daß in den 90er Jahren zum erstenmal in der Geschichte die Hauptzeuger von Rüstungen, angeführt von den USA und Rußland, die technologisch führenden Waffensysteme mehr für den Export als für die nationalen Streitkräfte herstellten.

Anwendung von Gewalt: Bündnisse, Intervention und die Vereinten Nationen

Der Hauptgrund, warum sich die USA, Westeuropa und Rußland im teuren und unproduktiven Wettstreit um die Produktion von und den Handel mit Waffen engagieren, liegt darin, daß die Führer dieser Länder und besonders jene der USA einfach versagt haben, eine Anpassung an die neuen Gefahren in der Welt nach dem Kalten Krieg vorzunehmen. Nachdem das Risiko eines großen Krieges in Europa verschwunden ist und die Gefahr einer zum Kernwaffenkrieg eskalierenden Ost-West-Konfrontation erheblich reduziert wurde, stehen wir folgenden militärischen Bedrohungen gegenüber:

- der Verbreitung von Atomwaffen (sowie chemischer und biologischer Waffen);
- der Möglichkeit einer drastischen Verstärkung der Militärpotentiale Chinas, Indiens und des Irans sowie der Wiederkehr eines expansionistischen und militarisierten Rußlands sowie
- Dutzenden gewalttätiger interner oder transnationaler ethnischer, kultureller oder religiöser Konflikte, die oft eine enorme Zahl ziviler Opfer fordern.

Die wirksamste Methode, um diese Bedrohungen zu beenden oder im Keim zu ersticken, wäre eine Zusammenarbeit jener Handvoll der militärisch mächtigsten und wirtschaftlich stärksten Staaten, die fähig sind, selbständig modernste Waffen zu produzieren - also die USA, die Europäische Union, Rußland sowie Kanada und Japan. Um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen aufzuhalten, könnten diese Länder weit mehr tun: das in den letzten 30 Jahren entwickelte Rüstungskontrollregime stärken; die nukleare Abrüstung durch START III und IV voranbringen; das Testen, Entwickeln und Produzieren neuer Kernwaffen beenden und in den nationalen Sicherheitsdoktrinen die Drohung mit der Anwendung von Kernwaffen abbauen.

Um das Entstehen neuer militärischer Großmächte mit Kernwaffen, weitreichenden Raketen und fortgeschrittenen Kampfflugzeugen sowie mächtigen konventionellen Streitkräften zu verhindern, müßten die gegenwärtigen Militärmächte darin kooperieren, die Vereinten Nationen - wie ursprünglich geplant - tatsächlich in das Hauptinstrument multilateralen militärischen Handelns zum Schutz der kleineren

⁷ Randall Caroline Forsberg (Hrsg.), *The Arms Production Dilemma: Contradiction and Restraint in the World Combat Aircraft Industry*, Cambridge MA 1994, MIT Press.

und schwächeren Länder vor militärischer Aggression zu verwandeln. Mit der Stärkung der Herrschaft des Rechts und der Förderung multilateraler Entscheidungen und Aktionen gegen militärische Aggressionen könnten die gegenwärtig großen Mächte den auf militärischer Macht basierenden globalen Wettstreit um Kontrolle und Einfluß beenden, der die Verbreitung von Rüstungen vorantreibt.

Schließlich ist mehr Dialog und Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen erforderlich, wenn Bürgerkriege, transnationale Konflikte und Völkermord verhütet oder zumindest schnell beendet werden sollen. Um effektiv zu reagieren, muß die internationale Gemeinschaft erst einmal Grundlagen schaffen: einen Vertrag über Minoritätenrechte zuwege bringen, die Überwachung der bestehenden Menschenrechtskonventionen sichern und den kürzlich beschlossenen Internationalen Gerichtshof aktivieren. Als nächstes sollten neue Prozeduren und Institutionen entwickelt werden, um die internationale Aufmerksamkeit auf interne Konflikte zu lenken, bevor diese in bewaffnete Gewalt umschlagen. Die UN-Vollversammlung, der UN-Sicherheitsrat und die regionalen Sicherheitsorganisationen könnten beispielsweise Untersuchungsteams aussenden, Anhörungen durchführen und Berichte publizieren, wenn Menschenrechte durch Regierungen oder Sezessionsbewegungen verletzt werden. Schließlich muß es eine internationale Debatte und eine neue völkerrechtliche Institution zur Fixierung von Bedingungen und Voraussetzungen geben, unter denen die internationale Gemeinschaft berechtigt und verpflichtet ist, in die inneren Angelegenheiten einer Nation militärisch oder politisch einzugreifen, um einen Völkermord oder andere gewaltsame und massive Verletzungen der Menschenrechte zu beenden. Anstatt auf diesen Feldern ein kooperatives Handeln zu entwickeln, haben sich die Großmächte, angeführt von den Vereinigten Staaten, bislang den Bemühungen widersetzt, die nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle in jenen multilateralen Foren zu thematisieren, in denen auch Rußland vertreten ist, wie etwa in der UNO und in der OSZE. Statt dessen haben die USA die Ausdehnung der NATO in einer Weise gefördert, die für Rußland militärisch bedrohlich wirkt. Die USA versäumten, in Ruanda zu intervenieren, um dort die Schlächtereie zu beenden. Sie erfüllten nicht ihre Verpflichtungen, die Nachfolgestaaten Jugoslawiens wirksam zu schützen. Die NATO-Entscheidung zur Intervention im Kosovo wurde am UN-Sicherheitsrat vorbei getroffen.

Die Last der Verantwortung

Seit der republikanische Senator Jesse Helms Vorsitzender des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten wurde, hat er nahezu jede Initiative zur Rüstungskontrolle blockiert. Er verhinderte eine weiterreichende Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen sowie deren adäquate finanzielle Unterstützung. Zusätzlich hat die republikanische Mehrheit wiederholt darauf bestanden, mehr Geld für das Militär zu bewilligen, als vom Präsidenten für den Haushalt beantragt war, und Waffen zu finanzieren, die nicht von den Streitkräften angefordert waren. Dies legt nahe, das

Unvermögen der Vereinigten Staaten zu einer angemessenen Reaktion auf das Ende des Kalten Krieges hauptsächlich der Republikanischen Partei und ihrer Kontrolle über den Kongreß zuzuschreiben. Das Problem liegt jedoch tiefer. Während im gegenwärtigen Wahlkampf die republikanischen Kandidaten eine weitere Anhebung der Militärausgaben fordern, schweigen die demokratischen Kandidaten Al Gore und Bill Bradley zu Verteidigungshaushalt, Rüstungskontrolle und anderen Aspekten der Sicherheitspolitik. Hier offenbart sich erneut das Fehlen entschiedener Führung und einer sicherheitspolitischen Vision bei den Demokraten, seit Jimmy Carter von Ronald Reagan besiegt wurde. Die meisten Demokraten möchten die Militärausgaben ein wenig mehr reduzieren und die Rüstungskontrolle ein wenig weiter voranbringen, aber ihnen fehlt das Engagement für eine US-amerikanische Führungsrolle bei der Suche nach einem neuen globalen Sicherheitssystem.

Das einzige positive Zeichen ergibt sich aus den Reaktionen der Bürgerbewegungen auf diese militärpolitischen Entwicklungen. Nach mehreren Jahren unwirksamer Proteste haben viele Persönlichkeiten und NGOs durch die nicht erfolgte Ratifikation des Vertrages zum umfassenden Kernwaffen-Teststop (CTBT), durch das kostspielige wie unproduktive Konzept einer strategischen Raketenabwehr und durch die fortwährenden Aufrufe zur weiteren Steigerung des Militärhaushalts neuen Auftrieb erhalten. Möglicherweise werden wir in den kommenden Jahren eine neue Friedensbewegung erleben, die den künftigen politischen Entscheidungsträgern couragierteres Denken und Handeln nahebringt.